



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 26. April 2012

TOP 73, Rentenkürzung nicht zulassen – Rente mit 67 zurücknehmen! (Drucksache 17/2189, 17/2487)

Wolfgang Baasch:

Mehr Arbeitsplätze für Ältere schaffen!

Mit dem 01. Januar 2012 hat die schrittweise Anhebung der Altersgrenze für die Rente von 65 auf 67 Jahre begonnen. Doch die Situation der Arbeitsmöglichkeiten für Ältere ist nach wie vor sehr schwierig. Im Frühjahr des vergangenen Jahres waren nicht mehr als 26,4 % der 60- bis 64-jährigen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das heißt, die Möglichkeiten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einen Arbeitsplatz zu finden, sind immer noch zu gering. Und darum bleibt die Schlussfolgerung, dass der Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters nur dann umgesetzt werden kann, wenn auch die 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens zu 50 % sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

Weil die Voraussetzungen für die Erhöhung damit also gegenwärtig nicht gegeben sind, plädieren wir dafür, die Erhöhung des Renteneintrittsalters auszusetzen und erst dann wieder darüber nachzudenken, wenn genügend Arbeitsplätze für Menschen über 60 Jahre vorhanden sind. Die SPD-Bundestagsfraktion will zu diesem Sachverhalt einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, nachdem auch andere christdemokratische Politiker wie der bayerische Ministerpräsident Seehofer die Rente mit 67 in Frage gestellt haben.

Wir wollen mehr Arbeitsplätze für Ältere schaffen, um die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Aber mit den aktuellen Kürzungen der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik, wie sie die Bundesregierung vorgenommen hat, wird dieses Vorhaben komplett unterlaufen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Es ist notwendig, sich gerade über eine bessere Arbeitswelt im demografischen Wandel zu verständigen. Beispielhaft dafür ist der Dialog, der im Rahmen einer Kooperation der IHK zu Kiel, der Landeshauptstadt Kiel, der Christian-Albrechts-Universität und der Fachhochschule Kiel geführt wird. So will man in den kommenden Jahren mehr betriebliche Gesundheitsförderung und altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung, mehr Qualifizierung und ständige Weiterbildung bereits frühzeitig im Arbeitsleben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Unternehmen und Betrieben anregen und umsetzen.

Wir müssen die Voraussetzungen für längeres Arbeiten schaffen. Denn auch um den sich abzeichnenden Fachkräftemangel aufzufangen, brauchen wir die älteren Beschäftigten mit ihrer Qualifikation und Erfahrung.